

Von „Lehman-Sisters“, Familiernährern und handfester Systemkritik: Die feministische Debatte um die globale Finanz- und Wirtschaftskrise

BIRGIT ERBE. CLAUDIA NEUSÜSS

Die Lehman-Pleite im September 2008 gab den Auftakt zur größten Weltfinanz- und -wirtschaftskrise seit 80 Jahren. Diese verunsicherte – zumindest temporär – nicht nur die Bevölkerung weltweit, sondern auch die bislang maßgebliche Wirtschaftspolitik. In der öffentlichen Diskussion entstand eine neue Offenheit für alternative ökonomische Konzepte. Prominentestes Beispiel war die Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises 2009 an Elinor Ostrom, die diesen Preis als erste Frau erhielt. Mit ihren interdisziplinär angelegten Studien zum schonenden Umgang mit Gemeinschaftsgütern ging es ihr um die Frage, welche institutionelle Fassung eine ökologisch verträgliche Wirtschaftsordnung braucht.

Wurde diese Offenheit auch frauenpolitisch genutzt? Gelang es den noch immer raren feministischen Ökonominnen und ökonomisch arbeitenden Sozialwissenschaftlerinnen, die bundesdeutsche Debatte zu beeinflussen? Eine umfassendere Diskursanalyse dazu steht noch aus. Mit unserem Artikel wollen wir eine erste Systematik der im Jahr 2009 erschienenen wissenschaftlichen und journalistischen Beiträge leisten und anhand der unterschiedlichen Positionen und Argumentationen ergründen, ob es sich dabei um neue feministische ökonomische Ansätze handelt.

Systemkritik am kapitalistischen Wirtschaftsmodell

Zahlreiche Autorinnen halten die gegenwärtige Krise keineswegs für einen „Betriebsunfall“, sondern generell Krisen als dem kapitalistischen System immanent. Seit jeher ist die Trennung von Produktion (bezahlte, marktvermittelte Arbeit) und Reproduktion (unbezahlte Arbeit außerhalb des Marktes) ein feministischer Hauptkritikpunkt am Kapitalismus. Dadurch werde die Geschlechterhierarchisierung manifestiert und statt der Deckung der menschlichen Bedürfnisse sei Profit das Kernziel. Dementsprechend sieht die Bremer Wirtschaftsprofessorin Adelheid Biesecker (2009a, 2009b) in der dem Kapital innewohnenden Maßlosigkeit die Ursache der Finanzkrise. Die kapitalistische Wirtschaftsweise wirke zerstörerisch gegenüber ihren natürlichen und sozialen Grundlagen, von denen sie eigentlich abhängig sei. Deshalb könne auch nicht allein von der Finanz- und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise gesprochen werden, sondern gehe es auch um die Klima-, Energie-, Biodiversitäts-, Wasser-, Nahrungsmittel-, Armutskrise etc. – kurz die Krise des Reproduktiven.

Neoliberalismus und die wirtschaftliche Globalisierung geben die Folie ab, vor der feministische Ökonominnen die Krise(n) analysieren. Aus gleichstellungspolitischer Perspektive bedeutsam an der Globalisierung waren das enorme Beschäftigungswachstum, von dem Frauen in besonderem Maße profitierten (allerdings zu meist am Ende der Verwertungskette), die Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Leistungen einhergehend mit der Deregulierung der Finanzmärkte. In der Folge ging die Schere zwischen Armen und unteren Einkommensgruppen und Reichen immer weiter auf. Angesichts des hohen Grads prekärer Beschäftigung unter Frauen, der Lohndiskriminierung und geringeren Einkommen von Frauen, seien diese weltweit gegenüber Männern schlechter für die Krise aufgestellt, konstatiert die Soziologin und Publizistin Christa Wichterich (2009a, 2009b). Ihnen werde nicht nur überproportional viel von den Verlusten und Kosten überlassen, sie übernahmen auch in allen Krisen eine soziale Airbag-Funktion, indem sie mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung ihrer Familien trügen.

Die starke Finanzialisierung des Alltagslebens in den USA identifiziert die Wirtschaftsprofessorin der Universität Münster Brigitte Young (2009) als entscheidende Rahmenbedingung für die US-amerikanische Subprime-Krise, die zum Auslöser der weltweiten Finanzkrise wurde, als SchuldnerInnen massenhaft ihre Hypotheken nicht mehr bedienen konnten. Der massive Abbau der Sozialsicherungssysteme und die Privatisierung öffentlicher Leistungen hätten in den vergangenen zwei Dekaden zu finanzieller und menschlicher Unsicherheit einkommensschwacher Haushalte geführt – darunter überproportional vieler Frauen. Die Vergabe von billigen Krediten an GeringverdienerInnen sei als eine Form von „Sozialhilfe für die Massen“, Wohnimmobilien als sichere Anlage für die Altersvorsorge und funktionales Äquivalent der stagnierenden Reallöhne und gekürzten Sozialleistungen verstanden worden. Dieser „privatisierte Keynesianismus“ habe langfristig nicht funktionieren können mit dem tragischen Effekt, dass Frauen als Letzte in die Ownership Society Aufnahme fanden und als erste wieder rausgeflogen seien.

Die Vernachlässigung der Binnennachfrage in der bundesdeutschen Wirtschaft(spolitik) ist die Kernkritik von Sabine Reiner (2009), die im Ressort Wirtschaftspolitik beim ver.di Bundesvorstand arbeitet. Seit Ende der 1960er Jahre habe eine Umverteilung von unten nach oben stattgefunden (die Reallöhne der unteren und mittleren Einkommen sanken, 30 % aller Frauen und 14 % aller Männer sind heute im Niedriglohnsektor beschäftigt) und zu einem Rückgang des privaten und öffentlichen Konsums geführt. Der Einbruch des Exports betreffe insbesondere gut bezahlte Männerarbeitsplätze. Eine weitere Triebkraft sei schließlich die Privatisierung der Sozialsicherungssysteme, die große Mengen Geld auf die Finanzmärkte spülte. Die immer stärkere Deregulierung der Finanzmärkte ermöglichte erst die Spekulation und Blasenbildung.

Ingrid Kurz-Scherf (2009), Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Marburg, sieht die Wurzeln der Wirtschaftskrise wesentlich in den vorherrschenden Geschlechterkonstruktionen einer von der Finanzökonomie dominierten, anhaltend

patriarchalischen Gesellschaft. Dem extrem expandierenden, stark männerdominierten Finanzsektor sei es gelungen, die Dominanz in der neuen Dienstleistungsökonomie sowie einen unverhältnismäßig hohen Anteil am Gesamteinkommen für sich zu beanspruchen. Gleichzeitig seien die Einkommen der von Frauen besetzten Segmente zurückgegangen. Der Erfolg der Finanzökonomie führte parallel zu einem Macht- und Bedeutungsverlust der Politik, in der Frauen gerade begonnen hatten, Einfluss zu gewinnen. Als Leitfigur des 21. Jahrhunderts benennt Kurz-Scherf den „cool-heroischen Investmentbanker“ mit den „klassischen Ingredienzen moderner Männlichkeit“, demgegenüber die „weiblich“ konnotierten Werte wie Fürsorge, Emotionalität, Sozialität, abgewertet worden seien.

Männliche Kultur und Dominanz in Unternehmen versus Diversity

Gegenstand verschiedener Aktivitäten und Publikationen im Kontext der Finanzkrise stellt die verstärkte Thematisierung und Präzisierung von Gender Diversity dar. Mit dem Verweis auf aktuelle Forschungen, die zeigen, dass sich Spitzenpositionen in Privatwirtschaft und Wirtschaftspolitik, in Vorstandsetagen und in Aufsichtsräten großer Unternehmen weiterhin fest in Männerhand befinden, wird argumentiert, dass homogene Rekrutierungsmuster und in der Folge fehlende Vielfalt zu wirtschaftlichem Qualitätsverlust führen. Einmal mehr ein Beleg dafür, dass es um die Rationalität eines Homo Oeconomicus, wie er in den Wirtschaftswissenschaften gern unterstellt wird, nicht weit her sein kann (vgl. zum Diskurs auch Diaz-Bone/Krell 2009, Neusüß 2009).¹

Dies zu ändern und mehr Frauen in entscheidende Positionen zu bringen, ist u.a. das Ziel des bereits 2005 gegründeten Vereins „Frauen in die Aufsichtsräte“. Im Kontext der Wirtschaftskrise erlangte die Initiative neue Aufmerksamkeit. Der Ruf nach Frauen in Leitungspositionen habe sich, nicht selten mit „Blick auf anstehende Aufräumarbeiten“, verstärkt, unterstreicht die Unternehmensberaterin und Vereinspräsidentin Monika Schulz-Strehlow. Sie betont, dass gemischte Führungsgremien eine bessere Unternehmensbilanz aufweisen, unterschiedliches Risikoverhalten und andere Kommunikationsformen den Gruppendruck in gemischten Teams verhindern und mithin zu besseren Entscheidungen führten (vgl. auch Anke Domscheit 2009).²

Essentialistische Erklärungsmuster

Die geschlechterpolitische Debatte um die Krise bewegt sich jedoch auf einem schmalen Grat zwischen der Kritik an bestehenden Strukturen und Ungleichheiten auf der einen Seite und dem Rekurs auf vermeintlich sozialisationsbedingte vergeschlechtlichte Verhaltensmuster oder biologischen Geschlechterunterschieden auf der anderen Seite. Werden Unternehmerinnen, Managerinnen und Finanzfachfrauen befragt, ob Frauen und Männer unterschiedlich agieren, wird von einigen Befragten sehr deutlich dahingehend argumentiert, dass Frauen anders mit Geld umgingen, für

bessere Kommunikation sorgten und nachhaltiger dächten, weshalb den „Lehman-Sisters“ die Krise nicht passiert wäre. Zugleich wird aber auch die Meinung vertreten, dass das Geschlecht keine Rolle spiele. Wie es zu der einen oder anderen Einschätzung bei den Interviewten kommt, bleibt meist offen – es ist zu vermuten, dass Beobachtungen oder Erfahrungen den Ausschlag dafür geben, ob Unterschiede betont werden oder negiert werden.

Für sichere Schlagzeilen sorgte die Testosteron-Messung bei Börsenmaklern. Es ist das Verdienst der Journalistin Ulrike Helwerth (2009), auf die Größe der Stichprobe von 19 Männern und das Fehlen jeglicher Vergleichsgruppe zu verweisen, um die Stichhaltigkeit des Arguments, „die Finanzkrise ist auch eine Testosteron-Krise“ (Zukunftsforscher Matthias Horx im Interview mit der SZ, 5.10.09), zu hinterfragen. Dennoch wird gerne auf neurochemische oder auch evolutionsbedingte Unterschiede zwischen Frauen und Männern zurückgegriffen, auch wenn der Autor in diesem Fall offen lässt, ob er es selber glaubt: „Hochmut kommt vor dem Phall“ (Droske 2009).

Auswirkungen der Krise(n) auf Frauen und Männer und die Diskussion der Konjunkturpakete I und II

In einem Kommentar vom 1.2.2009 im Kulturradio des RBB fragte Margit Miosga, warum sich Frauen nicht wehrten, wenn die Staaten Konjunkturpakete nur für Männer schnürten. Etwas Bewegung in die bundesdeutsche Debatte kam tatsächlich erst im Frühsommer mit der bevorstehenden Insolvenz von Arcandor, von der vornehmlich Frauenarbeitsplätze betroffen waren. In einem taz-Interview Anfang Juni 2009 konstatierte z.B. die Berliner Wirtschaftsprofessorin Friederike Maier, dass in der industriepolitischen Prioritätensetzung mit zweierlei Maß gemessen werde. Die unterschiedliche Einschätzung zur notwendigen staatlichen Rettung des Autobauers Opel und des Handelsriesen Arcandor habe nicht zufällig auch eine Genderkomponente. Männer würden nach wie vor als „Familienernährer“ betrachtet, Frauenarbeit hingegen gelte als Zuverdienst.

Breiten Raum nahm die Frage ein, ob in Deutschland Frauen oder Männer stärker von der Wirtschaftskrise betroffen seien. Alexandra Scheele (2009, 2009a), wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Potsdam, meint, dass die Frage nicht eindeutig zu beantworten sei. Die Arbeitslosigkeit von Männern sei größer als bei Frauen, was insbesondere damit zu tun habe, dass männerdominierte Branchen stärker von der Krise betroffen seien. Allerdings bezweifelt Scheele, dass Frauen in krisensicheren Berufen tätig seien. Denn die so genannten Frauenbranchen zeigten bereits in den vergangenen Jahren Krisensymptome: Der Einzelhandel sei von Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse betroffen, sowohl im öffentlichen Sektor wie auch im Gesundheitswesen kam es zu massivem Arbeitsplatzabbau und der Zunahme von Teilzeit. Nach ihrer Einschätzung werde die zu erwartende Haushaltskonsolidierung zu Lasten des öffentlichen Dienstes gehen und damit starke Auswirkungen auf die Frauenerwerbsarbeit haben.

Einen überdeutlichen „male bias“ der beiden Konjunkturpakete der Bundesregierung arbeitet die Berliner Politikwissenschaftlerin und Beraterin Mara Kuhl (2010) in ihrer Untersuchung heraus: Die Problemdefinition wie auch die Lösung berücksichtigten fast ausschließlich Männer. Der Exporteinbruch insbesondere im Fahrzeug- und Maschinenbau und seine Folgen auf dem Arbeitsmarkt sollten u.a. durch die staatliche Förderung von Kurzarbeit und die Erhöhung der Binnennachfrage durch die so genannte Abwrackprämie für Altautos abgefangen werden. Bereiche, in denen Männer überproportional vertreten sind. Kuhl kritisiert zudem, dass die Bundesregierung alte Industriezweige stütze anstatt den Strukturwandel zu gestalten, von dem u.U. Frauen profitierten. Während der politische Gestaltungsspielraum zugunsten des Umweltschutzes wenigstens zum Teil genutzt wurde, bliebe Gleichstellung eine Leerstelle (vgl. Reiner/Schambach in diesem Band).

Auch hier gibt es einige gegenläufige Positionen. Der Präsident der Bundesagentur, Frank-Jürgen Weise, geht davon aus, dass der Arbeitsmarkt weiblicher werde, da sich mit dem Umbruch am Arbeitsmarkt neue Chancen für Frauen ergäben (zitiert in Hamann/Niejahr 2009, o.S.). Auch übernahmen Frauen zunehmend die Rolle der Hauptverdienerin in Familien, was ihre Rolle stärke (Bauer/Dähler 2009).

Feministische Wege aus den weltweiten Krisen

Feministische Ökonominen kritisieren, dass die aktuelle Krise als vorübergehender Wirtschaftseinbruch betrachtet werde, der mit Staatsinterventionen überbrückt werden müsse, um den Status Quo Ante wieder herzustellen. Gabriele Michalitsch (2009), Wirtschaftsuniversität Wien, weist darauf hin, dass damit auch die bestehenden Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern stabilisiert werden. Wollten die Konjunkturprogramme emanzipatorische Veränderungen bewirken, müssten sie beispielsweise auf eine generelle Arbeitszeitverkürzung abzielen oder mehr öffentliche Mittel und Angebote zur Entlastung des Privatbereichs bereitstellen, der in der Krise verstärkt unter Druck ist.

Wichterich (2009c) fordert, dass mit der Funktionslogik des Kapitalismus, nämlich der bisherigen Verknüpfung von Wachstum – Job – Konsum sowie der Trennung von Produktion und Reproduktion, auch im Bewusstsein gebrochen werden muss, um den Krisen nachhaltig und geschlechtergerecht zu begegnen. Kurz-Scherf (2009) plädiert für einen Wandel von quantitativem zu qualitativem Wachstum, für den Aufbau neuer Arbeitsplätze in der Care-Ökonomie und Arbeitszeitverkürzung. Einen besonderen Stellenwert räumen feministische Ökonominen der Care-Ökonomie ein. Doch weitgehend offen bleibe, so die Schweizer Ökonomin Mascha Madörin (2009), wie diese „andere Ökonomie“ organisiert werden solle.

Einen Perspektivwechsel nimmt der Ansatz des Vorsorgenden Wirtschaftens vor. Der Ausgangspunkt ist dabei die notwendige Reproduktion des Sozialen und der Natur. Das Primat der Politik über die Ökonomie kehrt wieder zurück, gefragt sind kooperative Strukturen, demokratische Abstimmungs- und Verständigungsprozesse. An Vorsorge, Kooperation und Orientierung am für das „gute Leben“ Notwendigen

(Biesecker 2009b, vgl. auch Wichterich 2009d) solle sich auch die Finanzwirtschaft verpflichtet fühlen.

Fazit und Ausblick

Nur wenigen geschlechterpolitischen Stimmen ist es gelungen, Eingang in die Mainstream-Debatten zu finden. Das hat Gründe: Immer noch sind kaum Frauen an exponierteren Stellen der Wirtschaftswissenschaften zu finden und Wissenschaftlerinnen, die sich mit Makroökonomie aus feministischer Perspektive beschäftigen, sind rar. Nebst geringerer Anfrage mag sich Zurückhaltung gesellen, sich außerhalb der eigenen disziplinären Bezüge zu äußern.

Dennoch: Die Frage von sozialer Ungleichheit und in diesem Zusammenhang auch einer Gender- und Diversityperspektive werden wieder stärker thematisiert. Die Forderung nach einer Öffnung bundesdeutscher Aufsichtsräte für Frauen hat – nicht zuletzt durch die Norwegische Quote – eine vergleichsweise große Öffentlichkeit gefunden. Der Zusammenhang von Vielfalt, Innovationsfähigkeit, Qualität und Geschlechtergerechtigkeit ist deutlicher auf die Agenda gerückt.

Um allerdings Vielfalt in Unternehmen produktiv zu machen und qualitative Veränderungen zu befördern, braucht es neue, an Gender Diversity und an sozialer Verantwortung ausgerichtete Schlüsselkompetenzen für Fach- und Führungskräfte (u.a. Gebel/Stark/Neusüß 2009). Hochschulen wie Privatwirtschaft sind hier gleichermaßen gefordert, „AgentInnen des Wandels“ zu fördern und zu qualifizieren.

Zwiespältig ist eine Perspektive, die zwar Gender Mainstreaming propagiert, aber wie die EU an den wirtschaftlichen Paradigmen und Prioritäten nicht rüttelt: Resümee der Konferenz für Gleichstellung, Finanzen und Wirtschaft am 16.10.2009 in Stockholm war, dass die künftige EU-Strategie für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung eine deutliche Gleichstellungsperspektive brauche. Eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen trage erheblich zu Kaufkraft und Steuereinnahmen bei und verbessere damit Europas weltweite Wettbewerbsposition.

Angesichts der Krisen in Wirtschaft, Umwelt und Ernährung stellt sich die Frage des gesellschaftlichen Nutzens ökonomischer Systeme neu. Nachhaltiges Wirtschaften, die Überwindung geschlechterhierarchischer Schiefen, sowie der Abbau von (Mehrfach-) Diskriminierung gehören zusammen. Diejenigen, die keinen Vorteil von den staatlichen Rettungsmaßnahmen haben, sollten genau schauen, „wie der Kuchen zustande kommt“ (Sabine Reiner).³ Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat die aktuellen Machtstrukturen offengelegt. Und wer danach fragt, „wem nützt es?“, der kommt an der Geschlechterfrage nicht vorbei (Kappert 2009). Gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe und soziale Ungleichheit gehören verstärkt auf die politische Tagesordnung. Eine auf die alten industriellen Kerne enggeführte Maßnahmenpolitik, statt eines beherzten Umbaus auf Zukunftsfelder und einer massiven Förderung des Dienstleistungssektors könnte sich ohnehin auf absehbare Zeit rächen.

Anmerkungen

- 1 Trotz hoher Qualifikationen liegt der Frauenanteil bei den Spitzenpositionen größerer Unternehmen nur bei 7,8% (Holst/Wiemer 2010).
- 2 In Deutschland übernahm die SPD unter Franz Müntefering die Forderung nach einer Frauenquote von 40% in den Aufsichtsräten in ihr Wahlprogramm von 2009. Im Koalitionsvertrag der Regierungskoalition ist ein Stufenplan vorgesehen.
- 3 Ver.di-Fachdialog „Die Zukunft der Krise - Genderperspektiven in der Wirtschafts- und Finanzkrise zwischen alten Strukturen und neuen Modellen“, Fachtagung am 23.2.2010 in Berlin.

Literatur

Bauer, Uta/Dähner, Susanne, 2009: Frauen machen Neue Länder. Frauen in den neuen Bundesländern – gut positioniert in der Bewältigung der Wirtschaftskrise. Bundesministerium des Innern. Berlin.

Biesecker, Adelheid, 2009a: Geld zum Spekulieren? Nein – Geld zum Leben! Feministische Anmerkungen zur Finanzkrise. In: Frauenrat, 15-17.

Biesecker, Adelheid, 2009b: Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative. In: WISO Diskurs, 32-48.

Diaz-Bone, Rainer/Krell, Gertraude, 2009: Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen, Wiesbaden.

Droske, Hermann, 2009: Hochmut kommt vor dem Phall. Süddeutsche Zeitung Magazin, H. 11, <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/28502/2/1#texttitel> (24.02.2010).

Gebel, Carolin/Neusüß, Claudia/Stark, Wolfgang, 2009: Social Entrepreneurship in der Hochschulausbildung – Die Universität vom Kopf auf die Füße gestellt. In: Ökologisches Wirtschaften, H. 2, 22-24.

Hamann, Götz/Niejahr, Elisabeth, 2009: Die Weiberwirtschaft. Männer verlieren ihre Jobs, Frauen kommen voran – in dieser Krise schneller denn je. DIE ZEIT, 23.07.2009, Nr. 31, <http://www.zeit.de/2009/31/Frauen>.

Helwert, Ulrike, 2009: Testosteron. Die Finanzkrise – ein Männerding? FrauenRat. Abgewrackt. Weltwirtschaft in der Krise, H. 3, 9.

Holst, Elke/Wiener, Anita, 2010: Frauen in Spitzengremien großer Unternehmen weiterhin messbar unterrepräsentiert. DIW-Wochenbericht. H. 4, Berlin.

Horx, Matthias, 2009: Die Finanzkrise ist auch eine Testosteron-Krise, Interview. Süddeutsche Zeitung, 5.10.2009.

Kappert, Ines, 2009: Das Scheitern männlicher Eliten. Einführungsvortrag beim ver.di Fachdialog Gender „Genderperspektiven in der Finanz- und Wirtschaftskrise“ am 31. März. http://gender.verdi.de/publikationen/dokumentationen/doku_fachdialog/data/Vortrag-Kappert.pdf (23.02.2010).

Kuhl, Mara, 2010: Wem werden die Pakete gerecht? Eine budgetorientierte Gender-Analyse der Konjunkturpakete. WISO Diskurs, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung (i. E.).

Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: Monopoly-Kapitalismus – Reservat der Männlichkeit. Blätter für deutsche und internationale Politik. 54. Jg. H. 5, 36-40.

Madörin, Mascha, 2009: Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Frauen. Vortrag auf der DGB-Bezirksfrauenkonferenz am 24.10.09 in Nürnberg [unveröffentlichtes Manuskript].

Maier, Friederike, 2009: Frauen-Branchen lässt man sterben. Interview. taz, 9.6.2009. <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/%5Cfrauen-branchen-laesst-man-sterben%5C/> (24.02.2010).